

Einmal Berliner Ring blockieren: 12.000 Euro

„Letzte Generation“ gibt sich gemeinnützig

Damit sie Spenden besser verwalten können, haben Mitglieder der „Letzten Generation“ nach eigenen Angaben in einer internen Chatgruppe eine gemeinnützige GmbH gegründet. Die Aktivisten wollen sich so in die Lage versetzen, Spendenquittungen ausstellen zu können. Die Spenden an die sogenannten „Klima-Kleber“ wären dann steuerlich absetzbar. Der Staat würde die radikalen Aktivisten somit durch die Steuererleichterungen mittelbar unterstützen.

Die gemeinnützige Gesellschaft trägt den Namen „Klima- und Umweltaufklärung für den Erhalt der lebenssichernden Ökosysteme gemeinnützige GmbH“ und hat ihren Sitz in Hamburg. Gegründet wurde sie im Juli vergangenen Jahres. Bis Ende Februar dieses Jahres war Henning Jeschke, der auch Gründungsmitglied der „Letzten Generation“ ist, einer von drei Geschäftsführern. Das zeigen Unterlagen, die WELT AM SONNTAG vorliegen. Seit März wird die Gesellschaft nur noch von einem Leipziger und einer Magdeburgerin geleitet. Parallel zur Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft haben die führenden Köpfe der „Letzten Generation“ auch einen gleichnamigen Verein gegründet, der die 25.000 Euro Stammeinlage stellt und auch alleiniger Gesellschafter der gGmbH ist.

Vor der Firmengründung wurden die Gelder der „Letzten Generation“ auf einem Konto des Vereins Elinor Treuhand verwaltet. Nun teilte die „Letzte Generation“ mit, dass Elinor der Gruppe „im Guten“ die Zusammenarbeit aufgekündigt habe.

Laut eigenem Transparenzbericht nahm die „Letzte Generation“ im vergangenen Jahr 900.000 Euro an Spenden ein. Die Ausgaben beziffern die Aktivisten mit 535.519 Euro, rund 250.000 Euro seien für Mietkosten bezahlt worden, etwa für Wohnungen, in denen die Aktivisten leben. 100.000 Euro sollen für Materialkosten bezahlt worden sein, für Anwalts- und Gerichtskosten sowie „Prozestrainings“ rund 18.000 Euro.

In einer internen Onlinesitzung gingen die Aktivisten näher auf ihre Kosten ein. „Eine Straßenblockade kostet ungefähr 716 Euro“, sagte Caris Connell, der für die Finanzen der „Letzten Generation“ zuständig ist. Das Geld benötige die Gruppe etwa für Westen, Banner, Kleber, Unterkünfte, Fahrtkosten. Und weiter: „Einmal den Berliner Ring blockieren: 12.000 Euro“. Das sei aber kein Problem. Im Monat November und Dezember etwa habe die „Letzte Generation“ deutlich mehr Geld bekommen, als sie ausgeben konnte. Man werde regelrecht „mit Spenden beworfen“.

ALEXANDER DINGER

Als die Tübinger Eberhard-Karls-Universität im Herbst 1995 die C4-Professur „Gesundheitssystemforschung“ ausschreibt, ist Karl Lauterbach 32 Jahre alt. Er hat gerade seinen Aufenthalt in den USA beendet, in der Tasche den „Doctor of Science“ der Harvard School of Public Health. Der aufstrebende Wissenschaftler verschenkt keine Zeit, am 10. Dezember schickt er eine Bewerbung für die Professur nach Tübingen.

VON ELKE BODDERAS, TIM RÖHN UND BENJAMIN STIBI

Die Akten des Berufungsverfahrens sind bis heute im Universitätsarchiv einsehbar – und könnten für den Bundesgesundheitsminister nun zum Problem werden. Denn auch seine Bewerbung lagert hier, und die lässt sich mit seiner tatsächlichen Laufbahn nicht in Einklang bringen. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, war es vor allem ein Passus in der Bewerbung, der es der Berufungskommission angetan hatte: „Laufende Forschungsprojekte (Drittmittelförderung, Auswahl)“. Drei Beispiele nannte Lauterbach, eines davon: „Qualitätssicherung in der Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge des Mammakarzinoms durch das Tumorzentrum Aachen e. V., Studienleiter. Gefördert durch das Bundesgesundheitsministerium (2 Mill. DM)“. Bei einer persönlichen Vorsprache soll Lauterbach nachgelegt haben. In einem Protokoll heißt es, der Bewerber habe angegeben, „einen beträchtlichen Teil“ seiner eingeworbenen Drittmittel nach Tübingen transferieren zu können – ein dickes Plus für Lauterbach im Bewerbungsverfahren, denn die finanzielle Lage der Uni war prekär. Doch das Gesundheitsministerium teilte WELT AM SONNTAG in der vergangenen Woche mit, ein Projekt mit diesem Namen sei nicht bekannt. Auch im Bundesarchiv gibt es keine Dokumentation dazu. Der Verleger Thomas Kubo hatte bereits monatelang nach Belegen gesucht und war nicht fündig geworden; darüber schrieb er jüngst im Blog „Hintergrund“.

EINER VON 600?

In der Bewerbung hatte Lauterbach das Tumorzentrum Aachen als Studienstandort angegeben. Dessen Ärztliche Leiterin Angela Spelsberg, damals mit Lauterbach verheiratet, erklärte gegenüber dieser Zeitung allerdings, zu einem Projekt mit dieser Beschreibung lägen keine Unterlagen vor. Sie verwies stattdessen auf eine 2002 erschienene, vom Gesundheitsministerium geförderte Brustkrebs-Studie zu Krebsdaten in Aachen. Als Autoren werden sechs Personen aufgeführt – Karl Lauterbach ist nicht darunter. Und dann ist da noch ein Buch, das in der Berliner Stadtbibliothek lagert – mit exakt dem Titel, den Lauterbach in seiner Bewerbung angegeben hatte. Die Danksagung richtet sich an „600 Kollegen, Mitarbeiter und Helfer“.

Und wieder: Lauterbach taucht nicht als Autor auf, er wird nicht einmal erwähnt. Will er nicht „Studienleiter“ gewesen sein? Als eben jener wird Christian Mittermayer aufgeführt, damals Direktor des Instituts für Pathologie der RWTH Aachen. Am Telefon sagte Mittermayer WELT AM SONNTAG, an Lau-

Der heutige Gesundheitsminister gab bei seiner Bewerbung als Uni-Professor an, beträchtliche Drittmittel besorgt zu haben. Aber Belege dafür sind nicht zu finden



Karl Lauterbach Anfang des Jahrtausends als Professor an der Uni Köln

Wo sind Lauterbachs MILLIONEN?

terbach erinnere er sich noch gut. In Bezug auf dessen Bewerbung in Tübingen möchte er allerdings Stillschweigen bewahren. Dazu habe man ihm geraten.

Damals, so viel steht fest, war Mittermayer auskunftsfreudiger. Im Januar 1996 wandte er sich mit einer schriftlichen Einschätzung zu Bewerber Lauterbach an den Dekan der Uni Tübingen. WELT AM SONNTAG konnte den Brief einsehen. Mittermayer schrieb, Lauterbach habe am Institut für Pathologie eine halbe Assistentenstelle innegehabt,

„um ein Forschungsprojekt über Mammakarzinome zu bearbeiten“. Mit anderen Worten: Lauterbach war nicht – wie er behauptete – Leiter einer solchen Studie, er war lediglich als Assistent beteiligt. Und die zwei Millionen D-Mark? Auch dazu möchte Mittermayer nichts sagen. Außer vielleicht: „Ich war damals in Aachen berüht dafür, der King of Drittmittel zu sein.“

In dieser Woche schickte WELT AM SONNTAG noch einmal detaillierte Fragen an Lauterbachs Sprecher Hanno

Kautz. Um welche Studie geht es? Wer waren die Co-Autoren? Von wem und wann wurde ein Antrag auf Förderung gestellt? Wann wurde der Förderung stattgegeben? Wann floss das Geld? Kautz antwortete: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nach mehr als einem viertel Jahrhundert die Details zu den von Ihnen erwähnten Studien nicht rekonstruiert werden können.“ Er verwies auf einen Vortrag Lauterbachs zu Mammakarzinomen im Jahr 1997. Wurden dafür zwei Millionen D-Mark gezahlt? „Ha-

be ich das gesagt?“, erwiderte Kautz schriftlich. Ein Gespräch mit dem Minister? „Können wir nicht ermöglichen.“ Direkt an ihn gerichtete Fragen wollte Lauterbach ebenfalls nicht beantworten.

Auch eine zweite Behauptung zu Drittmitteln in der Bewerbung stimmt offenbar nicht. Lauterbach schrieb: „Cost-Containment and the Diffusion of new Technology in Health Care“, Studienmitteilung. Gefördert durch die Robert Wood Johnson Foundation, Princeton, USA. (100.000 US\$).“ WELT AM SONNTAG erreichte Alan B. Cohen, den Studienleiter, per E-Mail. Cohen teilte mit, er selbst habe die 100.000 Dollar beschafft: „Karl war nicht an der Beschaffung der Förderung beteiligt.“ Dieser hätte bloß bei der Konzeption und der Analyse der frühen Projektphasen „geholfen“.

DAS BUCH UND DIE STIFTUNG

Und dann war da noch die zugesagte Förderung für ein Buchprojekt. In den Bewerbungsunterlagen führte Lauterbach an: „Ethik und Ökonomie im Gesundheitssystem. Buchautor. Gefördert durch die Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart. (20.000 DM)“. Auf Anfrage teilte die Stiftung WELT AM SONNTAG mit, man habe Lauterbach die Förderung zwar zugesagt, das Geld sei aber am Ende doch nicht geflossen. Der Grund: Das Buch wurde nicht fertiggestellt. Unschärfe gibt es in Lauterbachs angelegter Publikationsliste: Alle Bücher waren zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht erschienen. Und auch viele der aufgeführten, von ihm verfassten Fachbeiträge befanden sich angeblich noch „im Druck“.

Was die Berufungskommission von all dem wusste, ist unklar. Fakt ist: Sie wollte Lauterbach unbedingt. Noch bevor das Gremium die von ihr in Auftrag gegebenen externen Gutachten der Kandidaten gesichtet hatte, nahm der Verwaltungsdirektor des Uniklinikums Verhandlungen mit Lauterbach auf. Im Oktober 1997 entschied sich die Uni dann auch offiziell für den jungen Überflieger; der Beschluss fiel einstimmig. Trotzdem kam es nie zum Engagement Lauterbachs in Tübingen. Im April 1998 lehnte Lauterbach den Ruf ab.

Mit den Offerten aus Tübingen und einer weiteren aus Greifswald in der Tasche bewarb sich Lauterbach auf eine Stelle an der Kölner Universität. Welche Angaben er dort zu seiner Laufbahn machte, ist unklar; eine Bitte dieser Zeitung um Einsicht in die Unterlagen wurde abgelehnt. Die Rufe der beiden anderen Universitäten zeigten jedenfalls Wirkung: Fünf Wochen nach der Absage in Tübingen stieg Lauterbach in Köln als C4-Professor für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie ein.

Hatte die Tübinger Berufungskommission Lauterbachs Angaben überprüft? Die Uni antwortete, es sei „obligatorisch“, dass alle Bewerber einer „Wahrheitspflicht“ unterliegen, von deren Einhaltung ausgegangen werden darf“. Verleger Kubo will, dass Experten die Sache aufklären. Vor zwei Wochen hat er die Ombudspersonen der Universitäten Köln und Tübingen um eine Untersuchung der Vorwürfe gegen den Minister gebeten. Wie der Stand der Dinge ist, ist unklar. Die Unis teilen mit, derartige Verfahren seien „streng vertraulich“.

Es ist ein Paukenschlag, der die Entwicklung im Nahen Osten in den nächsten Jahrzehnten dramatisch verändern könnte. Wie genau die am Freitag verkündete Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sich auf Dauer auswirkt, ist noch unklar. Aber zweierlei ist bereits erkennbar: Der erste große Gewinner ist China, und der erste große Verlierer ist Israel. Die vielleicht dramatischste Frage bleibt, wie der Deal den Atomstreit mit dem Iran beeinflusst und die Gefahr einer Nuklearisierung des Nahen Ostens vergrößert.

VON DANIEL-DYLAN BÖHMER

Seit rund zwei Jahren verhandelten Abgesandte aus Teheran und Riad bereits über eine Wiederannäherung. Die Saudis hatten ihre diplomatischen Beziehungen zum Iran 2016 abgebrochen, nachdem iranische Demonstranten wegen der Exekution des schiitischen saudischen Geistlichen Nimr al-Nimr Riads Botschaft in Teheran gestürmt hatten. Die Saudis näherten sich daraufhin wie die Vereinigten Arabischen Emirate an Israel an, US-Präsident Donald Trump stieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und erhöhte den Druck auf Teheran. Doch seit Trumps Nachfolger Joe Biden versucht, das Atomabkommen zu retten, redet Riad wieder intensiver mit Teheran.

Pekings Coup im Nahen Osten

Überraschend nehmen die Erzfeinde Iran und Saudi-Arabien wieder Beziehungen auf. Ein diplomatischer Sieg für China – und ein Problem für die USA

Für die Einigung stand nun aber nicht die traditionelle Ordnungsmacht USA Pate – sondern China. Das erklärten Saudis wie Iraner. Damit wird die Volksrepublik zum ersten Mal ein zentraler politischer Akteur im Nahen Osten, wo seit Jahrzehnten das Agieren der USA die Geopolitik bestimmt.

Dass Peking als Handelspartner immer wichtiger wurde, war dem Westen nicht entgangen. Mehr Besorgnis löste Chinas Staats- und Parteichef Xin Jinping aus, als er im Dezember den saudischen König Salman in Riad besuchte und Kooperation beim Ausbau des zivilen Nuklearprogramms im Land versprach. Das hatte Washington stets verweigert, weil auch ein ziviles Programm die Grundlage für ein militärisches Nuklearprogramm sein kann. Mit dem jüngsten diplomatischen Erfolg nimmt Peking nun eine Rolle ein, auf die bisher Washington ein einflussreiches Monopol zu haben schien – die des Streitschlichters und Schiedsrichters.

Damit wird Peking zu einem Machtfaktor und zu einer ernsthaften Konkurrenz für die USA in jener Weltregion, in der sich die Amerikaner zugunsten eines verstärkten Engagements in Asien eher zurückhalten wollten, die aber dennoch wirtschaftlich und militärisch extrem wichtig bleibt. Die Zwischenbilanz auf der großen Ebene der Geopolitik lautet darum: Washington wollte sich wegen China auf Asien konzentrieren, aber Pe-

king landet einen erfolgreichen Gegenangriff ausgerechnet dort, wo sich die USA Schwächen nicht gut leisten können – im Nahen Osten.

In der Region könnte die Einigung weitreichende Folgen haben. Der schiitische Iran und das sunnitische Königreich Saudi-Arabien, das auch die heiligen Stätten von Mekka und Medina beherbergt, verfügen zugleich über die größten Ölerserven im Nahen Osten. Zugleich stehen sie einander in zahlreichen Stellvertreter-Konflikten gegenüber. Im jemenitischen Bürgerkrieg fördert der Iran die Huthi-Milizen, die das Nachbarland Saudi-Arabien beschießen. Auch im Irak und im Libanon ringen von beiden Seiten zum Teil hochgerüstete schiitische und sunnitische Kräfte um die Macht.

Selbst der Atomstreit mit Teheran hängt auch mit dem saudisch-iranischen Gegensatz zusammen. Die Fähigkeit zum Bau von Atombomben würde dem Iran einen strategischen Vorteil in einer mehrheitlich sunnitischen Staatenwelt geben, in der das weitaus reichere Saudi-Arabien großen Einfluss besitzt. Sollte der Iran wirklich so weit kommen, dass er Nuklearwaffen bauen kann, so hat Riad wiederholt erklärt, werde auch das Königreich gleichziehen. Das könnte der Startschuss sein zu einem nuklearen Rüstungswettlauf auch weiterer Staaten der Region.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet nicht, dass all die-

se Konflikte nun befriedet werden. Am ehesten ist das im Jemen denkbar, wo es schon in den letzten Monaten Verhandlungsfortschritte gab. Doch für einen echten Frieden müssten auch die Huthis mitspielen, die sich zwar gerne mit iranischen Raketen beliefern lassen, aber nicht jeden Befehl aus Teheran befolgen.

Auf den anderen Schlachtfeldern werden sich die Gegensätze nicht einfach wegverhandeln lassen. Dass die Iraner der Bombe noch näher kommen als ohnehin schon, kann weiter nicht im Interesse Saudi-Arabiens sein. Doch wenn China seine Rolle als nuklearer Entwicklungshelfer auf andere Länder der Region ausweitet, wächst damit die Gefahr einer Nuklearisierung, und die ohnehin festgefahrenen Atomverhandlungen von Europäern und Amerikanern mit Teheran können immer weniger bewirken.



Chinas Chef-Außenpolitiker Wang Yi (M.) mit den Unterhändlern Musaad al-Aiban (l.) und Ali Shamchani

Der Westen hat noch nicht verloren, muss sich nun aber mit der Konkurrenz durch China auseinandersetzen. Der wohl klarste Verlierer der Entwicklung ist Israel, genauer dessen neuer und alter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Die Friedensverträge seines Landes mit den Emiraten, Bahrain und Marokko waren möglich geworden durch die Eskalation des Atomkonflikts und die Isolation des Iran. Sie waren Erfolge der geschickten Diplomatie Netanjahus vor seiner Abwahl im Jahr 2021.

Nachdem Netanjahu in diesem Jahr eine Regierung mit ultrareligiösen Parteien gebildet hatte, kündigte er als nächstes großes außenpolitisches Ziel einen Frieden mit Saudi-Arabien an. Wenn die Hüter von Mekka und Medina dann Israel anerkennen würden, käme das einer offiziellen Rehabilitierung des jüdischen Staates namens der muslimischen Mehrheit in aller Welt sehr nahe.

Stattdessen nehmen die Saudis diplomatische Beziehungen zum Iran auf, der Israel mit Vernichtung droht. Das macht es nicht wahrscheinlicher, dass Netanjahu den größten Jackpot der israelischen Außenpolitik knackt. Riad orientiert sich immer weniger an den Freund-Feind-Linien, die einen Frieden mit Israel logisch gemacht haben. Washington kommentierte die Einigung mit der lakonischen Bemerkung, man unterstütze jede Eskalation in der Region. Jerusalem gab bisher keinen Kommentar ab.